

Stützstelle
Orchesters
von jetzt ab
str. 11.
n 655.)
er Max Cahnbley.
wir unser
st
s und dem
Millionen?
wird mit der
stellung
30. ds. Mts.
ch
le.
arbeitern der
ie find
Mr. E
diejenigen,
salitäten und
halten haben
men.
ahrungs- und
r Menschheit
Die Aus-
t sowohl für
wie für den
von Interesse.
0 Pfg.,
ng der Un-
ueberschub
[1896*
ban
äbbecke,
welchem das
stellte deutsche
erwand.
Büch
m. G.
lene.
s Jungesellen.
Knopp.
ade.
oder Die Par
m.
um.
a 1.80 M.,
3 a 1.25 M.
durch die
Bollswacht.
n
ität
alk,
1899

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Befestigung.
Eingelnummer 10 Pfg.
Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.
Zernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Insertionspreis
für die einseitige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.
Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.
Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 70. Bielefeld, Mittwoch, 24. März 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die deutschen und englischen Flottenrüstungen.

lg. Berlin, 23. März.

In der Budgetkommission des Reichstags, die heute den Etat des Reichsfiskus behandelte, gab der Staatssekretär des Auswärtigen, Hr. v. Schön, zu den von uns ausführlich wieder-gegebenen Ausführungen des englischen Lords der Admiralität und des Premierministers Asquith folgende Erklärung ab:

Die englische Regierung hat zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenrüstungen in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, sie hat aber keinen dahingehenden formellen Antrag gestellt. In den unerbittlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ist niemals ein engerlicher Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt. Die Gründe für unsere abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember v. J. vom Reichs-kanzler im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstver-ständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser geistlich festgelegter Flottenbau ist aus-schließlich nach unserem eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgend einer Nation dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist.

In ihren einleitenden Worten erkennt die Erklärung die Richtigkeit der von Asquith aufgestellten Behauptungen an, und es kamit dem Staatssekretär v. Tirpitz unrichtig. Die einander widersprechenden Erklärungen Tirpitz-Schön sind aber nicht ge-raten, das Vertrauen anderer Nationen in die Ehrlichkeit der Äußerungen der deutschen Regierung zu zetteln.

Ueber die Verhandlungen der Budgetkommission wird uns w. Bericht:

Abg. G. v. Oppersdorf (Str.) ist nicht sonderlich erbaud von der Antwort des Herrn v. Schön. Er wünscht mehr zu wissen. Abg. Singer behauptet lebhaft die Geheimnisthüherei, die die Reichsregierung fortsetzt dem Parlament gegenüber ver-heimlicht. Nachdem die englischen Reden bekannt waren, hätte der Reichsminister sofort entsprechende Aufklärung geben müssen; es ist der Stellung des Reichstags und seiner Kommissionen un-angenehm, wenn man ihnen zu verstehen gebe, daß sie abzuwarten hätten, bis man ihnen Aufklärung gäbe. Im Interesse Deutsch-lands bedeutet Genosse Singer auf das Tieffste, daß die Reichsregierung auf die englischen Anregungen nicht in der be-reitwilligsten Weise eingegangen sei; das hätte unter allen Um-ständen geschehen müssen. Nach dem beobachteten Verhalten sei Deutschland von neuem in die schlimme Situation gebracht worden. In allen Ländern werde man sagen: Nach dem Vor-schlage Englands sei es möglich gewesen, die ungeheuren Flotten-rüstungen zu ermäßigen, das habe aber Deutschland verweigert. In Deutschland selbst herrsche allgemein die bestimmte Ansicht, mit England in Frieden zu leben. Deutschland liege jetzt trotz dieser allgemeinen Volksstimmung — infolge des Verhaltens der Re-gierung — als internationaler Sünder vor.

Die Abg. v. Büttlich, Arendt und v. Oriola nah-men die Reichsregierung in Schutz. Von unserem Flottenbau-programm wolle keiner von ihnen etwas abstrichen haben. De-mach sei das Verhalten der Regierung torpelt gewesen. Der Abg. v. Oriola erklärte: Alle Behauptungen im englischen Pa-rlament, daß wir den Bau unserer Flotte über das geistlich fest-gelegte Programm beschleunigen, seien unwahr. Abg. Gra-berger betonte, daß seine Partei die deutschen Flottengesteh-ungen nicht ablehnen habe und nichts davon ablehnen wolle. Immerhin sei eine Verständigung über die Schiffsbauten mit England möglich. Eine solche Verständigung werde auch gewiß von 99 Prozent aller Deutschen gewünscht. Der Staatssekretär zitierte nach einigen sogenannten vertraulichen Mitteilungen seiner Partei den Ausdruck über die guten Beziehungen Deutschlands zu England trotz dieser neuesten Vorlesungen. Er wünscht und ist überzeugt, daß die guten Beziehungen zu England dauernd un-erbrochen erhalten bleiben. Abg. Genosse Ledebour stellt aus den amtlichen Protokollen des englischen Unterhauses fest, daß englischerseits verhandelt worden sei, zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen. Redner weist nach, wie das eine Land notwendigerweise in seinen Schiffsbauten abhängig sei von dem Bauprogramm des anderen Landes. Deshalb sei es vollständig falsch gewesen, wenn die deutsche Reichsregierung erklärte, sie richte sich nur nach unseren eigenen Bedürfnissen. Die deutsche Regierung hätte die Anregungen Englands freudig aufgreifen und sie auch zum Anlaß nehmen müssen, England zur Aufgabe seiner Stellung zur See zu veranlassen.

Nachdem Abg. Liebermann von Sonnenberg sich für die Regierung ausgesprochen und der freisinnige Abgeord-nete Eichhoff die Ausführungen Liebermanns noch unter-stützt hatte, war die Debatte erschöpft. — Damit ist der Etat des Reichsfiskus erledigt, und die Kommission legt die Be-ratung des Marineetats fort.

An einmaligen Ausgaben werden zum Bau von 15 auf Sta-pei liegenden Schiffen als zweite, dritte und vierte Raten 85 Millionen Mark verlangt. Als erste Raten werden für 5 neue Schiffe 26,5 Millionen Mark verlangt. Weiter werden für ein Torpedobootschiff, für eine Torpedobootsflotte und für Schiffs-Unterstützungs 20,4 Millionen Mark bewilligt. Für Schiffs-Reparaturen werden 4,6 Millionen Mark bewilligt. Für die artilleristische Ausrüstung werden 65.450.000 Mark, für die Torpedo-Ausrüstungen 8,27 Millionen Mark bewilligt. Im Ge-samten werden dann Ausgaben von 171 Millionen Mark, die per-sönliche Millionen Kosten verursachen. Als Beilege für eine Anzahl armerer Gemeinden bei Kiel und Wismar haben wir den üblichen Summen bewilligt. — Mit dem Reichs-eisenbahnen zur Beratung.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Zentrumsvorstoß gegen Bülow. Der Münchener „Baye-rische Courrier“ meldet: Der Reichstanzler habe in diesen Tagen erneut sein Entlassungsgeheiß eingereicht. Er habe noch keine definitive Antwort erhalten. Wohl sei ihm gesagt worden, daß er spätestens nach Erledigung der Finanzreform seinen Abschied erhalten werde, und daß er früher gehen könne, wenn er glaube, dieses Werk nicht fertigzubringen.

Diese Meldung — so jagt der „Bayerische Courrier“ — sei trotz etwaiger offizieller Ablehnung doch zutreffend. Das vom Grafen Bismarck eingeleitete Vorgehen des Zen-trums gegen Bülow wird also weiter fortgesetzt. Es war offen-bar von vornherein wohlbedacht. Das Zentrum scheint offen-bar den Augenblick für gekommen zu halten, um den Vlod zu sprengen und nach dem Bülow zu nehmen.

Nationalliberaler Provinzialparteitag. Die Nationalliberalen Berlin und der Provinz Brandenburg hielten gestern abend in Berlin einen Parteitag ab, der u. a. auch zur Finanzreform Stellung nahm. In einer Resolution wurde hierzu gesagt: „Nach dem Ergebnis der bisherigen parlamentarischen Ver-handlungen erscheint als der einzige auskömmliche Weg zu einer annehmbaren Finanzreform der Ausbau der von der Regierung vorgeschlagenen Nachschüsse. Der Parteitag richtet deshalb an die nationalliberale Fraktion des Reichstags das dringende Ge-suchen, für eine gerechte Besteuerung des Nachschusses einmütig und energisch einzutreten.“

Ueber die Ansichten der Schiffahrtsabgaben wird gemel-det, daß die erforderliche Mehrheit im Bundesrat auch dann ge-sichert sei, wenn Sachsen und Baden dagegen stimmen sollten. Wenn die Vorlage im Bundesrat und Reichstag erledigt ist, dann sollen Verhandlungen mit den ausländischen Staaten an-geknüpft werden. Bisher haben solche Verhandlungen nicht stattgefunden.

Bauart. der Schutzkonferenz in Württemberg. Stutt-gart, 23. März. Wie eine Korrespondenz berichtet, wird die württembergische Regierung demnächst eine Bauarbeiter-Schutz-konferenz einberufen, die sich mit der Frage des Ausbaues der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen zu befassen haben wird, und in der die Organisation der Unternehmer wie der Arbeiter offiziell vertreten sein soll.

Zulassung der Arbeitersekretäre bei Gericht. Die deutschen Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften haben dem Reichs-tag eine Petition unterbreitet, in der darum ge-fordert wird, Arbeitersekretäre zur mündlichen Verhandlung vor Gericht zu-zulassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß zahl-reiche Arbeiter infolge mangelhafter Schulbildung nicht befähigt sind, alles so zu Papier zu bringen, wie es zu einer verständ-lichen Sachdarstellung nötig erscheint. Die Verhältnisse zwin-gen vielfach Arbeiter, sich an Winkeladvokaten zu wenden, deren Rechtsbeistand meistens sehr zweifelhafter Natur ist, ganz abgesehen davon, daß dadurch auch Kosten entstehen. Es wird dann darauf hingewiesen, daß ein Anzahl Gewerbegerichtliche Arbeitersekretäre als Vertreter grundsätzlich zurückgewiesen.

Staatliche Unterstützung für Arbeitsnachweisverbände. Die Regierung soll sich mit der Absicht tragen, soweit Mittel dazu verfügbar sind, den Arbeitsnachweisverbänden finanzielle Zu-wendungen zu machen. Wenn die Erfahrungen, die damit ge-macht werden, den Wünschen und Forderungen der Regierung entsprechen, dann soll künftig ein fester Posten für diesen Zweck in den Etat eingelegt werden.

Aus dem Reichstag.

In der Finanzkommission begann Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Branntweinsteuer, den die Subkommission ausgearbeitet hat. Die Konvervationen und das Zentrum treten gegenüber diesem Entwurf für die Beibehaltung der Kontingentspannung von 20 M. pro Hektoliter, also für die Liebesgabe an die Branntweinbrenner, entschieden ein. Abg. Sped erklärte, für das Zentrum liege der Entwurf unannehmbar, wenn die Spannung beibehalten werde. Die Frei-sinnigen beantragen eine allmähliche Verringerung der Liebesgabe, eine Herabsetzung der Spannung bis auf 5 M. im Jahre 1919. Die Regierung tritt für ihre Monopolvorlage ein, will aber an dem vorliegenden Gesetzentwurf mitarbeiten, um auf Grund dieser Vorlage der Subkommission eventuell etwas Annehmbareres zustande zu bringen. 100 Millionen Mark müßten aber un-deckelt mehr aus dem Branntwein herausgeschlagen werden. Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte v. Hohl erklärt, daß die bayerische Regierung dem Entwurf der Subkommission nicht zu-stimmen könnte. Sie fordere Beibehaltung der Spannung von 20 M., also der bisherigen Liebesgabe. Außer dem württem-burgischen Regierungsbekretär erklärt auch der badische den Entwurf für unannehmbar. — Es ist also nicht ausgeschlossen, daß man auf den Monopulentwurf der Reichsregierung zurück-kehrt.

Stimmen zur Reichsfinanzreform.

Aus allen Teilen des Deutschen Reichs laufen fortgesetzt Nachrichten ein über Versammlungen von Angehörigen bürger-licher Parteien, in denen mit allem Nachdruck eine Regelung der Reichsfinanzreform auf der Grundlage verlangt wird, daß auch direkte Reichsteuern eingeführt werden sollen. Insbeson-dere sind es Versammlungen von Angehörern der freisinnigen Parteien, die mit Nachdruck betonen, daß an der Nachschüsse-erhaltung werden müsse, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch der Vlod zerfalle.

Bemerkenswert unter den letzten Kundgebungen ist eine Re-solution der sächsischen evangelischen Arbeitervereine, die freudig bereit sind, auch eine weitere indirekte Belastung auf sich zu neh-men. Tonangebend sind in diesen Vereinen allerdings eine An-zahl Pastoren, die Arbeiter selbst haben eigentlich nicht viel zu sagen. Aber selbst diese Arbeiter verlangen, daß die Nachschüsse-steuer unbedingt durchgeführt wird. — Andererseits hat ein Mit-glied des preussischen Herrenhauses eine neue Gefahr entdeckt, die durch die Nachschüsse hervorgerufen wird. Es lag in einem Artikel, den die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht: Wenn die Nachschüsse eingeführt oder die Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt wird, so kommt im Falle des Krieges zu den Sorgen, mit welchen einberufene Militärpflichtige ihre Angehörigen verlassen, die Frage, wer wird sich der Hinter-

bliebenen annehmen? Die Klassen, welche verhältnismäßig die meisten Wehrpflichtigen stellen, — und das sind die ländlichen —, haben im Kriegsfall die meisten Todesfälle und werden daher durch die Nachschüsse ungleichmäßig hart getroffen. Wenn der Soldat sein Leben für Kaiser und Vaterland opfert, dann wird obendrein der Gedanke sein Herz beschweren, daß die Seinen, wenn er fallen sollte, Erbschaftsteuer bezahlen müssen. — Man muß es der besitzenden Klasse lassen: Wenn es gilt, Gründe ins Feld zu führen, um sich vor Steuern zu brücken, dann sind sie außerordentlich produktiv.

Die Agrarier über das Branntweinsteuer-kompromiß.

Die „Deutsche Agrar-Korrespondenz“ des Herrn Klapper ist mit der Uebersetzung, die die Branntweinsteuer vorlage in der Subkommission der Finanzkommission erfahren hat, durchaus nicht einverstanden; sie schreibt:

„Es scheint, als solle die deutsche Landwirtschaft für ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit, eine großzügige (?) Finanz-reform mit dem vollen Erfordernis von 500 Millionen Schaffen zu helfen, dadurch abgestraft werden, daß man die ihrem wich-tigsten Industriezweig, dem Brennereigewerbe, zugehörige schwere Sonderbelastung in die denkbar schädlichste Form kleidet. Der an Stelle der Monopolvorlage von der Finanz-Subkommission ausgearbeitete Entwurf muß von der Landwirtschaft prinzi-piell abgelehnt werden.“

Die Gründe hierfür sind von der Steuerkommission des Verwertungsverbandes deutscher Spiritusfabrikanten in ihrer letzten Sitzung, durch einstimmigen Beschluß, wie folgt dar-gelegt worden:

„Die Vorschläge der Subkommission, die der Finanzkom-mission des Reichstages als Unterlage für die weiteren Be-ratungen für eine höhere Besteuerung des Branntweins dienen sollen, müssen als für das Brennereigewerbe unan-nehmbar bezeichnet werden.“

1. weil durch die große Mehrbelastung ein starker Rückgang des Trinkbranntweins eintreten muß, und infolge davon die bisherige Produktion der Brennereien nicht annähernd aufrecht erhalten werden kann;
2. weil dadurch nicht nur jede Sicherheit für einen aus-schmücklichen Preis fehlt, sondern im Gegenteil ein Druck auf die Preise eintreten muß; denn auch die an sich hohe Vergütung für den vergällten Branntwein wird in abseh-barer Zeit den Rückgang an Trinkbranntwein selbst bei niedrigen Preisen nicht mehr ausgleichen können, aber erst mit diesem Ausgleich können ausschmückliche Preise er-reicht werden;
3. weil dieser Preisdruck in Verbindung mit einer Kontin-gentspannung von nur 5 M. zur völligen Vernichtung des Brennereibetriebes in Südb-, West- und Mitteldeutsch-land führen muß;
4. weil nicht angenommen werden kann, daß mit dem ge-planten Geleß die Vernichtung des Brennereigewerbes aufhören wird, die nun schon Jahrzehnte andauert und
5. weil die gewerbliche Brennerei in diesem Geleßentwurf den landwirtschaftlichen Brennereien gegenüber zu sehr bevorzugt wird.“

Nach einer Begründung dieser Resolution fährt die „Agrar-korrespondenz“ fort:

„Daß sich das deutsche Brennereigewerbe gegen das Mono-pol sträubt, daß es sich nur widerwillig dem damit verbunde-nen Opfer seiner Unabhängigkeit fügen würde, ist nur zu ver-ständlich. Aber wir meinen, daß sich die Verhältnisse geändert haben. Heute bleibt uns keine Wahl. Was für das Gewerbe herankommt, wenn es das Monopol ablehnt, sehen wir an dem uns vorliegenden Entwurf.“

Das süddeutsche Brennereigewerbe hat die Folgerungen hieraus auch bereits gezogen und sich einmütig für das Mono-pol erklärt. Das ist natürlich, denn das süddeutsche Gewerbe ist es, das in erster Linie und am schwersten durch den neuen Entwurf geschädigt wird.

Aber wir meinen, daß das ganze Gewerbe jetzt wohl Klug-sache hat, in ähnlicher Weise Stellung zu nehmen. Der Reich einer starken Vermehrung der durch das Gewerbe aufzubrin-genden Steuerbelastung geht nun einmal nicht an uns vor-über. Die einzige Form, unter der sie aufgebracht werden kann, ohne daß die Existenzbedingungen des Gewerbes ver-nichtet werden, ist das Monopol; deshalb halten wir es an der Zeit, daß wir nunmehr für das Monopol eintreten.“

Die politische Situation auf dem Balkan

wird nicht zum Kriege führen. Dagegen ruht Österreich die Gelegenheit voll aus, seinen rivalen Rußland um den Rest seines Ansehens zu bringen.

Daß die Serben, und wenn auch erst in letzter Stunde, ein-sinken werden, geht aus folgender Nachricht hervor:

Wien, 23. März. Eine hiesige Korrespondenz meldet aus Belgrad: Gestern berief König Peter den Kronprinzen Georg zu sich und hatte mit ihm eine zweistündige Konferenz. Es verlautet aus der Umgebung des Königs, daß der König dem Kronprinzen sehr scharfe Vorstellungen wegen seines propa-gandistischen Auftretens gemacht habe. Die Unterredung zwischen dem König und dem Kronprinzen endete mit einem sehr scharfen Konflikt. Kronprinz Georg erklärte: „Ich teile die Ansichten des gesamten serbischen Volkes und trete für dasselbe ein, weil ich sein zukünftiger König bin.“ Die österreichische Regierung glaubt aber selbst nicht an Krieg.

Wien, 23. März. An der Börse für landwirtschaftliche Produkte wurde heute folgende offizielle Mitteilung des landes-fürstlichen Kommissars verlautbar, es sei kein Grund vorhan-den, die Situation ernstlich aufzufassen als vorige Woche, denn die Bemühungen der Mächte gehen fortgesetzt dahin, Serbien zum Einlenken zu veranlassen.

Endlich lassen wir noch die Nachrichten über das Vorgehen Österreichs folgen.

Wien, 24. März. Die Situation wird an leitender diplo-matischer Stelle als sehr bestimmt aufgefakt. Auch der engli-sche Vermittlungsvorschlag, der Rußland eine diplomatische Niederlage eriparen sollte, kann als gescheitert betrachtet werden. In Wien erwartet man, daß der Schritt des Grafen Borsch nach Ende dieser Woche erfolgen und Serbien eine ganz kurze Frist einräumen werde, die, wenn sie Österreich befriedigen soll, den unbedingten klaren Verzicht auf alle Ansprüche gegen-über Österreich anspricht. Gestern abend sind wieder drei Bataillone Truppen in kriegsmäßiger Ausrüstung abgezogen.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 70.

Bielefeld, Mittwoch, 24. März 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

22. Sitzung vom Dienstag, 23. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. C. Einm. Fortsetzung der zweiten Beratung des Militär-Etats, beginnend mit dem Kapitel „Artillerie und Waffengewehr und technische Institute“.

Abg. Dr. Will (Ztr.) tadelt die einseitige Ausbildung der Arbeiter in den Militärwerkstätten, wodurch ihnen ihr späteres privates Fortkommen erschwert wird. Der Redner tadelt das Vorgehen des Vorstehers der Strahburger Militärwerkstätten, welcher den Arbeitern verboten hat, französisch zu sprechen. Dabei berief er sich auf das Vereinsgesetz. (Hört, hört! i. Ztr.) Dieses ist eine direkte Verletzung des Vereinsgesetzes. Die Arbeiter müssen gegen solche Eingriffe geschützt werden. (Lebhafter Zustimmung i. Ztr. u. b. d. Soz.) Der Kriegsminister sollte ein energisches Wort sprechen. (Bravo! i. Ztr.)

Generalmajor v. Lohow bestreitet, daß Arbeiter wegen des Gebrauchs der französischen Sprache bestraft wurden.

Abg. Böhle (Soz.): Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Resolution angenommen, wonach die Militärverwaltung Arbeiten nur an solche Firmen vergeben soll, die die gesetzlichen Vorschriften und die Lohnsätze einhalten. Die Militärbehörde verfährt aber keineswegs nach dieser Resolution. Sie sieht nur auf Billigkeit. Ein besonders trauriger Fall ist der, daß die Artilleriewerkstatt in Spandau 5000 Aufseisenstangen an die Firma Wunderlich vergeben hat. In der Artilleriewerkstatt selbst wird für diese Arbeit 1,07 Mk. bezahlt und das Rohmaterial geliefert. Die Firma Wunderlich dagegen erhält 93 Pfg. und hat außerdem die Arbeit an einen Zwischenmeister in Sachsen vergeben, wo sie dann für 60 Pfg. hergestellt wird und zwar in der Hauptsache von italienischen Arbeitern. (Hört, hört! b. d. Soz.) In solcher abschließlichen Lohnrückerei dürfte sich die Militärverwaltung nicht betreiben. (Lebhafter Zustimmung i. Ztr. u. b. d. Soz.)

Ähnliche Fälle liegen auch an anderen Orten vor. In Hagenau zahlte eine Firma, der Lieferungen übergeben waren, den Arbeitern nur einen Lohn von 2,10 Mk. (Hört, hört! b. d. Soz.) Als die Arbeiter erklärten, zu diesem Lohn nicht mehr arbeiten zu können, wurden der Firma einfach Soldaten geliefert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist das direkte Gegenteil von Sozialpolitik. (Lebhafter Zustimmung i. Ztr. u. b. d. Soz.) Auch die Löhne entsprechen nicht dem im Vorjahre so laut gerühmten sozialen Verständnis der Militärverwaltung. 50 Prozent der Arbeiter in der Garnisonverwaltung haben unter 1200 Mk. Jahresverdienst und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterinnen hat nicht einmal 700 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch in den Garnison-lagerstätten werden vielfach Arbeiterinnen beschäftigt. Von 979 haben dort 543 einen Jahresverdienst unter 700 Mark. Auf keinen Fall wird man behaupten können, daß die Militärverwaltung in der Sozialpolitik obenansteht. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Im vorigen Jahre habe ich verschiedene Beschwerden vorgebracht und der Militärverwaltung auf ihren Wunsch mein Material unterbreitet. Offiziell habe ich bis zum heutigen Tage keine Nachricht bekommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Doch habe ich unter der Hand erfahren, daß gegen den damals von mir genannten Bielefelder König eine Untersuchung eingeleitet wurde, wobei es sich aber nicht um Aufklärung der Sache handelte, sondern nur darum, zu ermitteln, wer denn dem Sozialdemokraten das Material geliefert hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Am Freitag jagte der Kriegsminister, den Soldaten flehe ich, sich an jeden Vorgesetzten frei. Der Feuerwerker Ebert sollte eines Tages nach der Behauptung eines Hauptmanns nicht an seiner Arbeitsstelle gewesen sein. Als er dies bestritt, bekam er drei Tage Arrest. Nachdem er sich abgemüht hatte, beschwerte er sich und brachte Zeugen vor. Die Antwort war fünf Tage Arrest. (Hört, hört! b. d. Soz.) Als diese abgelesen waren, beschwerte er sich wieder, vor allem darüber, daß seine Zeugen nicht vernommen waren. Die Antwort war: 7 Tage Arrest. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ob der Mann dann noch an höhere Instanzen gegangen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls ist das eine geradezu unwürdige Behandlung. (Lebhafter Zustimmung i. Ztr. u. b. d. Soz.)

Ein paar Worte über die Behandlung der Arbeiter in den Militärwerkstätten. Die Arbeiterausschüsse nehmen sich dort auf dem Papier sehr gut aus. Als aber ein Vorarbeiter zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt wurde, hieß es: entweder du legst das Amt nieder oder du bleibst nicht mehr Vorarbeiter.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Wir protestieren entschieden dagegen, daß die Militärarbeiter nicht die gleichen Rechte genießen, wie andere Arbeiter. In den Militärwerkstätten werden Frauen zu Arbeiten verbannt, die sich nicht für Frauen eignen und für die die Privatindustrie keine Frauen verwendet. Alte Leute über 70 Jahre, die ein Menschenalter hindurch in den Werkstätten tätig waren, werden kurzerhand auf die Straße gestellt. Es heißt ganz einfach: Ihr seid zu alt. Das ist Brutalität. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Wir verlangen menschenwürdige Behandlung der Arbeiter in den Militärwerkstätten. (Bravo! b. d. Soz.)

Oberst Wandel: Es ist nicht wahr, daß den Werkstättenarbeitern keine menschenwürdige Behandlung zuteil wird. (Lachen b. d. Soz.) Gegen den Bielefelder König, von dessen Mißfaten Herr Böhle im vorigen Jahre ein Langes und Breites hier geredet hat, ist eine Untersuchung eröffnet worden. Die von Herrn Böhle angeführten Zeugen haben ihn aber meistens im Stich gelassen. (Hört, hört! rechts.) Der Feuerwerker Ebert ist wegen Ungehorsams gegen einen Dienstbefehl bestraft worden. Den Arbeiterausschüssen kommen wir nach Möglichkeit entgegen, und zahlen auch so gute Löhne als möglich ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Zubeil (Soz.): Daß die Behandlung in den Militärwerkstätten eine gute ist, wird von der Militärverwaltung fortwährend behauptet. Aber ebenso fortgesetzt wird es auch widerlegt. Wenn die Arbeiterausschüsse in ihrer Tätigkeit unbehindert wären, warum stellen denn dann so häufig Arbeiterausschüsse in den Militärwerkstätten ihre Tätigkeit ein? Der Kriegsminister sagte, jeder Arbeiter müsse ein Gentleman sein. Der Hauptmann Schöb aber hat die Arbeiter über die Tragweite ihres Arbeitsvertrages abfällig im Dunkeln gehalten, sie aus größtmöglicher Entfernung. Die Leute traten in der festen Überzeugung ein, daß sie nach 30jähriger Tätigkeit eine Pension beziehen würden. Zu ihrem Schrecken mußten sie erkennen, daß nach der durch den Hauptmann Schöb vorgenommenen Revision der Bestimmungen kein gesetzlicher Anspruch besteht. Die abschließliche Entscheidung ist durch mehrere Gerichtsverhandlungen festgestellt. Der Militärzins ist bis zum Reichsgericht gegangen, um zu verhindern, daß die Leute Pension erhalten. Bei einem Billigkeitseigenschaft hätte er sie ihnen freiwillig zugestehen müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Während einige Vorgesetzte und Oberlandesgerichtspräsidenten zugunsten der Arbeiter ausfallen, entschied das Reichsgericht leider zu ihren Ungunsten.

Das Beschwerdeverfahren ist durchaus nicht geregelt. Selbst wenn eine Beschwerde als berechtigt anerkannt ist, so folgt eine wahre Lebenszeit für den betreffenden Arbeiter. Auf Schritt und Tritt wird er von Spitzeln verfolgt, und wehe ihm, wenn er sich das allergeringste zuschulden kommen läßt.

In Spandau wird jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin Entlohnung angedroht, wenn sie mit der Sozialdemokratie auch nur sympathisieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Derartige ist eine Kulturtafel unwürdig. Auf diese Weise werden nur Heuchler herangezogen, aber der Fortschritt der Sozialdemokratie wird dadurch nicht im geringsten aufgehalten. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schirmer (Ztr.) bedauert die abhängige Stellung der Arbeiterausschüsse in den Militärwerkstätten, irrt die Hoffnung aus, die Witwen- und Hinterbliebenen möge bald kommen, und wünscht, daß die Militärverwaltung besser für die Arbeiterwohnungen sorgt.

Oberst Wandel: Die Angaben des Abg. Zubeil werden nachgeprüft werden. Den Militärwerkstättenarbeitern ist nicht verboten, Vereinen beizutreten. Beweis: Es besteht unter ihnen eine große Anzahl von Vereinen. Das Kapitel wird bewilligt.

Für die Resolution auf Vereinfachung und Verbesserung des Artilleriedepotwesens stimmen Centrum, Sozialdemokraten, Polen, Teile der Freisinnigen und Nationalliberalen. Trotzdem erklärt der Reichspräsident Kämpf unter großer Unruhe, namentlich des Zentrums, die Resolution für abgelehnt. Die Resolution auf Errichtung einer Pensionkasse für die Militärwerkstättenarbeiter wird in großer Mehrheit angenommen.

Beim Kapitel „Minier-, Ingenieur-, Festungs-, Verkehrs-“

Abg. Zubeil (Soz.) an, warum die Militärwerkstättenverwaltung das Gelände zwischen Spremberg und Kaulsdorf jährlich zu 125 Mk. den Morgen pachte, während es nur einen Wert von 100 Mk. hat. Die Verwaltung hätte das Gelände käuflich erwerben sollen, anstatt alle Jahre das Geld geradezu zum Fenster hinauszuwerfen.

Oberst Wandel: Das Terrain war nicht billiger zu bekommen.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben begründet Abg. Gans Eder zu Budisch (konf.) einen Antrag, den von der Kommission abgelehnten Titel „Vermehrung der Reserve an Verpflegungsmitteln, Schlukrate, 4 686 000 Mk.“ wieder einzulegen. Nach Widerspruch des Abg. Erzberger (Ztr.) wird der Titel wieder eingelegt.

Beim außerordentlichen Etat sagt Abg. Trimborn (Ztr.), daß der Rüssel in Köln für die Grundstücke, die er zu Festungsbauarbeiten erwirbt, keine Umlagesteuer bezahlt, worauf der Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Tweste erwidert, um den Rüssel zur Umlagesteuer heranzuziehen, dazu müßte erst ein Gesetz geschaffen werden.

Der außerordentliche Etat wird bewilligt.

Die Einnahmen des Militäretats werden debattierlos angenommen, womit der Militäretat erledigt ist. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Marineetat.) Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

60. Sitzung vom Dienstag, den 23. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die zweite Beratung des Eisenbahnetats wird fortgesetzt bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben.

Eine Anzahl von Abgeordneten bringt eine Reihe von lokalen Wünschen vor, die sich auf neue Bahnanlagen, Ausbau von Bahnhöfen usw., Beseitigung von verkehrsstörenden Niveauübergängen beziehen.

Minister v. Breitenbach sagt wohlwollende Prüfung der einzelnen Wünsche zu.

Der Etat des Eisenbahnetats wird angenommen; hiermit ist die zweite Lesung dieses Etats beendet.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Juch (natl.), 7 Lüneburg, wird, entsprechend dem Antrage der Wahlprüfungskommission, für gültig erklärt.

Die Kommission beantragt Johann, die Wahl des Abg. Kürbringer (natl.), 1 Aurich, zu beanstanden und Beweiserhebungen zu veranlassen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) beantragt, diese Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Schiffer (natl.) begründet diesen Antrag.

Abg. Lüdke (freisinnl.) widerspricht diesem Antrage, da fundamentale Verstöße gegen die Wahlbestimmungen bei dieser Wahl vorliegen könnten.

Der Antrag Friedberg wird abgelehnt, die Wahl des Abg. Kürbringer wird beanstandet.

Ebenfalls beanstandet wird, entsprechend dem Antrage der Kommission, die Wahl des Abg. Lohmann (natl.), 2 Wiesbaden, während die Wahl des Abg. Dr. Busse (konf.), 3 Bromberg, für gültig erklärt wird.

Ebenfalls beanstandet wird die Wahl des Abg. Negelein (konf.), 10 Kassel.

Es folgt die Wahl des Abg. Reinbacher (Zr. Sp.), 11 Potsdam-Schöneberg-Rixdorf. Die Kommission beantragt, die Wahl zu beanstanden und schlägt außerdem folgende Resolution vor: Die Regierung zu eruchen, eine amtliche Erklärung des Magistrats der Stadt Rixdorf darüber herbeizuführen:

a) ob bei der letzten Wahl in Rixdorf bei der Bildung der Abteilungen für alle oder einzelne Steuereranten nicht die Veranlagung für 1908, sondern diejenige für 1907 zugrunde gelegt ist, eventuell aus welchem Grunde dies geschehen ist;

b) ob bei der Bildung der Abteilungen von der Bestimmung in § 6 des Wahlreglements abgewichen ist, wonach in denjenigen Fällen, in denen bei gleichen Steuerbeiträgen sich nicht entscheiden läßt, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abteilung zu rechnen ist, die alphabetische Ordnung der Familiennamen den Ausschlag gibt;

c) ob tatsächlich die Bewohner des Hauses Fußastr. 55/56 zu Rixdorf trotz ihres Einspruchs nicht in die Wählerlisten desjenigen Wahlbezirks (22), in welchem ihre Wohnung lag, aufgenommen sind, eventuell wie viele Wähler dabei in Betracht kamen, welche Steuerfalte denselben anzurechnen waren

es dir gelingen wird, die ganze Spekulantensbande bis in den Staub zu demütigen.“

Die Bombe wird gelegt.

Alle vorläufigen Vorbereitungen wurden im Laufe der nächsten Woche getroffen, und der erste Sonnabend nach der im letzten Kapitel geschilderten Unterredung fand Winston Howard als Inhaber eines kleinen Bureaus, das im Hochparterre eines der großen Geschäftshäuser nicht weit von der Börse gelegen war. Winston empfing hier zu bestimmten Tagesstunden den Besuch Robert Didion's, wie der fünf Wähler, die er in sein Vertrauen gezogen hatte. Es waren fünf junge Leute, von denen ein jeder unabhängig von den andern operierte, dabei aber doch mußte, daß sie alle zusammen im Interesse Winstons tätig waren.

In einer Ecke des Zimmers stand ein großer Schreibtisch mit einem Jalousieverschluss, und gleich daneben war ein selbsttätiger Telegraphenapparat, ein sogenannter Ticker angebracht, der auf langen, schmalen, sich von selbst abwickelnden Streifen automatisch alle Kursänderungen an der Börse verzeichnete; ein tragbares Telefon stand auf dem Schreibtische und ein kleiner Tisch in der Mitte war mit mehreren Syphons, einigen Flaschen Whisky, sowie einigen Kisten Zigarren und Zigaretten bedeckt.

Von diesem kleinen Zimmer aus leitete Winston mit Hilfe des Telefons seine „Bullen“-Operation an der Getreidebörse.

Auf Grund einer sehr gewissenhaften Kalkulation war er sich darüber klar geworden, daß es zum mindesten einen Monat dauern werde, bis er den für seine Zwecke erforderlichen Bedarf an Weizen gedeckt hatte. Seine Wähler mußten bei Ausführung seiner Aufträge natürlich mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen, um ein vorzeitiges Anzeichen der Preise zu verhindern. Die zum Beförderung gehörigen Wähler konnten offen und geheim allen Weizen auf, dessen sie habhaft werden konnten — eine Last, die an sich schon eine aufwärtssteigende Tendenz des Preises im Gefolge hatte. Aber obwohl sie stets wieder ein Viertel ihrer Vorräte auf dem Markt abluden, stieg der Kurs langsam, aber sicher, um halbe und ganze Punkte.

Winston begann zu laufen, als der Weizen auf achtundfünfzig Cent pro Büschel stand, und er instruierte seine Wähler dahin, täglich insgesamt vierhundertundfünfundfünfzigtausend Büschel zu kaufen, von denen aber regelmäßig vor Schluss der Börse hunderttausend Büschel wieder auf den Markt abgeladen wurden. Diese Verkäufe waren unerlässlich, da ohne sie der Preis am nächsten Morgen unverhältnismäßig hoch gewesen wäre. Je mehr Weizen er aber zu niedrigen Preisen kaufen konnte, desto größere Mengen würden ihm an dem Tage der Schlussabrechnung zu Gebote stehen, an dem der ganze Vorrat in Aktion treten mußte, um ihm zum Siege zu verhelfen.

Tag für Tag fuhr er fort, Weizen zu kaufen und Tag für Tag

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

12 (Nachdruck verboten.)

„Bitte sehr, ich bin nicht dein armes Lämmchen, sondern ein reicher zehn-Millionen-Dollar-Bulle“, warf Winston ein, auf dessen Gesicht ein leichtes Lächeln erschien. „Ein harter Bulle“, der sich nicht scheuen und keine Welle lassen wird, der vor der Börsenpekulation mehr versteht, als du dir in deiner Schulweisheit nur träumen läßt. Wisse, daß ich mit seit Jahren mit dem Gebiet der Börsenpekulation vertraut gemacht und sie bis in ihr innerstes Geheiß studiert habe. Du traust mir doch selbst nicht im Ernst zu, daß ich mich an ein Unternehmen wagen könnte, von dem ich nichts verstehe, und du darfst es mir glauben, wenn ich dir versichere, daß mein praktisches Wissen dem keines fähigen Börsenbesuchers nachsteht.“

„Na, dann man zu“, grunzte Didion, der seinen Freund zu gut kannte, um eine solche Argumentation wegen eines bei ihm bereits festbegründeten Vorhabens zu versuchen. „Und was wird die Spezialität sein, in der du dein Geld loszuwerden beabsichtigst?“

„Weizen“, erwiderte Winston mit siegesgewissem Gesicht. „Weizen?“ Verblüfft rief Didion das Wort aus. „Weizen willst du „bullen“? Warmherziger Himmel! Aufrichtig gesprochen, Winston, gestehe es mir offen, wenn du deinen Eifer mit mir treibst, denn es fällt mir schwer, deine Worte ernst zu nehmen. Weizen! Hast du vielleicht plötzlich ein schwaches Gedächtnis bekommen und vergessen, was du mir vor deiner Abreise als Ausbund deiner Überzeugung erklärt hast, daß nämlich die Männer, die das Hauptnahrungsmittel der Welt — ich gebrauche deine eigenen Worte — zum Gegenstand ihrer Spekulationen anerkennen, gebängt, gequält und verbrannt zu werden verdienen. Ist es nicht schon genug, wenn Swift und Lefter den Weizen „bullen“ und den Preis so in die Höhe treiben, daß der arme Mann seinen Morgenmehl nur noch mit Hilfe eines Mikroskops zu entdecken vermag? Hast du vergessen, was ich dir über die Absichten der beiden Ehrenmänner mitteilte, als mich der Zufall im Klub ein Telegramm finden ließ, das Lefter mit dem Swift empfangen hatte, der damals den Vorwettbewerb, um die Ernteanstalten zu studieren. Nein, du hast meinen Brief nicht vergessen, und doch willst du mit jenen Spekulantengemeinsame Sache machen. So sprich doch und erlaube mir deine Sinnesänderung!“

„Ich weiß, ich weiß“, entgegnete Winston, „und habe deinen Brief nicht vergessen, dem ich ja gerade meinen „Tip“ verdanke.“ „Ja, ich werde wie Lefter und Swift den Weizen „bullen“, und

„Aber zu welchem Zwecke, Winston? Wenn es irgend ein anderer wäre, würde ich mir nichts daraus machen, aber du, gerade du, der du das Geld immer verachtet und jederzeit die

Gerichtliches.

**** Viefelfeld, 23. März.** Schwurgericht. Vorsitzender: Landgerichtsrat Godel, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Kober. — Vor dem Schwurgericht hatte sich heute wiederum ein Beamter wegen Verbrechen im Amt zu verantworten. Angeklagt war diesmal der Gerichtsassistent und Gefängnisinspektor Alois Günter von Minden, ein Vater von drei unversorgten Kindern. Er war beschuldigt, bis Mitte Oktober 1908 550 M., die er in amtlicher Eigenschaft vereinnahmt und die ihm anvertraut waren, unterschlagen und die zur Kontrolle bestimmten Bücher unrichtig geführt und unrichtige Abschriften aus diesen Büchern vorgelegt zu haben. Der Angeklagte, der im Nebenamt Gefängnisinspektor ist und mit Arbeiten überhäuft zu sein behauptet, bestritt, sich an den ihm anvertrauten Geldern vergiffen zu haben. Schon bei seinem Dienstantritt habe die Sache nicht geklappt, er wisse nicht, wie das Defizit entstanden sei; er behauptet, in der Lage zu sein, dieses durch die Bücher nachweisen zu können. Die unrichtige Buchführung sei auf das unaufgeklärte Manto in der Kasse zurückzuführen. Die Geschworenen hielten ihn auch nicht für schuldig und der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

**** Viefelfeld, 23. März.** Strafkammer. Der Bader Joseph Brunner von Bamberg, wegen Diebstahls und Hehlerei verurteilt, welcher sich schon seit längerer Zeit auf Wanderschaft befinde, hat sich zu Anfang Januar dieses Jahres in Gütersloh niedergelassen und die ganze Gegend unsicher gemacht. Am 14. Januar hat er eine ganze Anzahl Häuser abgebetelt, und als die Gaben nicht ausreichten, wie er dachte, einfach gestohlen, was ihm nur erreichbar war. So hat er einen Rod, ein Paar Stiefel, eine Wirtin, eine Schere und sogar ein Schlüsselbund gestohlen. Es lag Diebstahl im wiederholten Rückfall vor, er erhielt 3 Monate Gefängnis. Die wegen Bettelns erhaltene öffentliche Haftstrafe ist durch Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verbüßt.

Der Kaufmann Ludwig Wilhelm Sonnenschein von hier, am 22. März 1885 in M.-Glabach geboren, und im Jahre 1906 in einem hiesigen Geschäft als Kommiss in Stellung, hat sich als Meisterstückspieler im Stadtpfspiel, welches es gar nicht gibt, aufgeführt und dadurch in besserer Gesellschaft Ansehen gefunden. Als er später keine Stellung hatte und in Not geriet, hat er sich eines Schwindels, welches mit Dr. Arndt unterzeichnet und offenbar gefälscht war, und in welchem ihm von dem Vorsitzenden des Stadterverbandes bestätigt wurde, daß er von dem Verbande etwa 8750 M. für erhaltene Preise ausbezahlt erhalte, bedient, um den Schneidermeister Heise, dem er noch annähernd 200 M. schuldet, um ein Darlehen von 300 M. anzugehen. Der Wirt Biedrich von hier ist auf den Leim gegangen und hat ihm ein Darlehen von 800 M. gegeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte ihn wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit vollständigem Betrug und versuchten Betrug zu sieben Monaten Gefängnis, worauf ihm ein Monat von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurde.

Der Krieger Wilhelm Schulz von Minden, zurzeit hier in Untersuchungshaft, dreimal wegen Diebstahls verurteilt, wurde überführt, durch mehrere selbständige Handlungen in Minden Stoff im Werte von 50 M., eine elektrische Taschenuhr mit Birne, ein Dutzend Taschentücher, eine Schlafbede, Porzellanien im Werte von 60 M. und 20 M. bares Geld und bedeutende Quantitäten Toilettenartikel gestohlen zu haben. Er erhielt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall 1 Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Der aus der Untersuchungshaft vorübergeführte Arbeiter August Viefelfeld aus Antwerpen bei Minden, welcher schon viermal wegen Diebstahls verurteilt ist, hat in der Nacht zum 29. September v. J. in Minden dem Schneider Wilhelm Müller, als dieser vor der Anschliffmühle in der Nähe des Kolbendorfs Restaurants stand, die Uhr aus der Tasche gestohlen. Die Strafkammer erkannte gegen den Dieb im wiederholten Rückfall auf 6 Monate Gefängnis.

Hg. Rennfahrer und Lebemann. (Der Mordprozess Breuer.) Trier, 22. März 1909. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Trier beginnt heute (Montag) der aufsehenerregende Prozess gegen den Rennfahrer Joseph Breuer aus Berlin, dem die Ermordung des im Rheinlande in weitesten Kreisen bekannten Wäldenscheiters und Großkaufmanns Mattonet aus St. Vith zur Last gelegt wird. Zur Verhandlung sind etwa 50 Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schneider, die Staatsanwaltschaft vertritt Erster Staatsanwalt Schulte, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Werthauer (Berlin). Die Vorgeschichte des sensationellen Prozesses ist noch in frischer Erinnerung. Der Rennfahrer Breuer, ein auf dem Rennbahnen und in Berliner Rebellentreffen bekannte Persönlichkeit, ist jahrelang durch seine großen Geldausgaben aufgefallen. Seine Mittel waren anscheinend unerhöplich und ermöglichten ihm, sogar eine Rennbahn in München zu pachten. Es bestand schon lange der Verdacht, daß er unethische Beziehungen zu reichen Persönlichkeiten unterhalte, von denen er Geld erlange. Er selbst gab als Erklärung für seine Aufwendungen an, daß er auf Rennbahnen enorme Summen gewinne. Ein plötzliches Licht auf dieses dunkle Treiben fiel im Herbst vergangenen Jahres, als der reiche Großkaufmann Mattonet aus St. Vith in der Nähe des Eisenbahnhofs Gerolstein erschossen wurde. In der Nähe des Erschossenen wurde Breuer getroffen und sofort wegen Mordverdachts verhaftet. Breuer war am 13. Oktober von Berlin nach Köln gefahren. Er hatte diese Reise schon öfter unternommen und erklärt, er fahre zu seinem Vater nach Köln. In der Regel war er von diesen Reisen mit reichem Geldmitteln, man spricht von 50–60 000 M., zurückgekehrt. Am Abend des 14. Oktober traf Breuer in Gerolstein ein, nahm in einem Restaurant am Ausgang des Städtchens Aufenthalt und ging öfters auf der an dem Restaurant vorbeiführenden Gasse auf und ab. Hier ist er mit Mattonet zusammengekommen und nach einem erregten Wortwechsel fiel ein Schuß und Mattonet sank tot zu Erde. Ein Briefträger, der die beiden aufgeregten Männer beobachtet hatte, eilte nach Gerolstein und benachrichtigte die Polizei. Als er sich umwandte, bemerkte er, daß Breuer in einem in der Nähe befindlichen Restaurant sich zu Tisch machte und dort anscheinend etwas verdeckte. Es wurden dort bei späterer Nachforschung mehrere an Breuer gerichtete Depeschen vorgefunden, aus denen hervorging, daß Breuer von Mattonet zu einem Stellbilden nach Gerolstein geladen worden war. Breuer selbst bestritt entschieden, den Mattonet erschossen zu haben. Dieser habe vielmehr selbst Hand an sich gelegt. Aus den in der Wohnung des Breuer beschlagnahmten Briefschaften geht hervor, daß Breuer in homosexuellen Kreisen eine bekannte Persönlichkeit war, daß er selbst Erpressungen in größerem Umfange verübt, sich aber auch selbst in den Händen von Erpressern befand. Wegen der großen Zahl der zu betreuenden Reuen sind für die Verhandlung mehrere Tage in Aussicht genommen. Unter den Reuen finden sich die Verwandten des Toten und des Angeklagten, die über die beidenseitigen Beziehungen, soweit es möglich ist, Auskunft geben sollen. Ferner ist der bekannte Kriminalkommissar v. Treßlow, der in Berlin das Externat der Sittenpolizei inne hat und in allen homosexuellen Prozessen als Zeuge zu erscheinen pflegt. Ebenfalls als Zeuge geladen ist der am Freitag von demselben Schwurgericht zum Tode verurteilte Tirkhautechniker Maag. Endlich sind noch eine Reihe von Rennfahrern, darunter der bekannte Meisterfahrer Robt. Geladen. Auch eine Reihe Damen aus der Berliner Bohème sollen als Zeugen vernommen werden, um über das ausschweifende Leben des Angeklagten Auskunft zu geben.

Militärisches.

§ 175. Dirckberg i. Schl., 23. März. Der Leutnant v. Altenborn-Stachau, der wegen Vergehens gegen § 175 in 17 Fällen — verübt an Soldaten — zu 4 Monaten Gefängnis

und Dienstentlassung verurteilt wurde, erlangte vom Oberkriegsgericht eine Verabreichung der Strafe auf 3 Monate, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten. Wegen des Mißbrauchs der Dienstgewalt bleibt es indes bei der Dienstentlassung.

Der Arzt als Vorgesetzter. Man schreibt der Berliner „Volkszeitung“:

Eine Operation auf Befehl sollte an dem in Städtchen geborenen Soldaten Franz von der 7. Kompanie des 9. Infanterieregiments Nr. 133 vorgenommen werden, was derselbe ablehnte. Er wurde deshalb wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung unter Anklage gestellt, die vor dem Kriegsgericht der 4. Division Nr. 40 in Chemnitz verhandelt wurde. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Als Kind hatte F. eine Verletzung der Hüfte erlitten und ein Hüftgelenk war davon zurückgeblieben. Zweimal ließ er sich schon deshalb im Lazarett operativ behandeln, ohne daß eine Besserung eintrat. Am 21. Januar sollte er sich einer dritten Operation unterziehen. Dieses lehnte er aber ab. Er war der Meinung, daß er gegen seinen Willen eine Operation an sich nicht vornehmen zu lassen brauche, um so mehr, als die ersten beiden ohne Erfolg geblieben waren. Er blieb bei seiner Weigerung auch trotz dreimaligen Befehls des Stabsarztes, sich auf den Operationstisch zu legen. „Ich lasse mich nicht schneiden“, sagte er und blieb dabei. Das Gericht erachtete den Tatbestand der ausdrücklichen Gehorsamsverweigerung für gegeben, da bei leichten Operationen Eingriffe die Zustimmung des Operierenden nicht erforderlich sei! Erkannt wurde auf sechs Wochen einen Tag Gefängnis.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist von größter prinzipieller Tragweite. Es ist erwünscht, daß die Angelegenheit bis zur höchsten Instanz verlegt wird, damit von dieser festgestellt wird, wieweit das Persönlichkeitsrecht des Soldaten in bezug auf die Verfügung über seinen Körper durch einen Befehl ausgeschaltet werden darf.

Vermischtes.

Zwei Ausseher von einem Gefangenen eingesperrt. Ein tragikomischer Vorfall hat sich in Götting ereignet. Von der Strafkammer war Ende Februar der Agent Otto Sufale wegen mehrfacher Betrügereien und Schwindels zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden, auch wurde seine sofortige Verhaftung im Gerichtszaal angeordnet. Um verschiedene Geschäfte und häusliche Angelegenheiten zu ordnen, erhielt Sufale auf sein Ersuchen die Erlaubnis, sich nach seiner in der Brunnenstraße 2 belegenen Wohnung zu begeben, zu welchem Zweck ihm zwei Gefangenenaufseher beigegeben wurden. Zu Hause verstand es Sufale durch eine geschickte Manipulation, die beiden Beamten in ein Zimmer der im ersten Stock befindlichen Wohnung einzuschließen. Hierauf stürzte er die Treppe hinunter, verließ die Haustür und erritt die Straße. Die eingesperrten Beamten riefen sofort das Reiter auf und riefen den Vassanten zu, den Flüchtling aufzuhalten. Nach längerer Verfolgung gelang es, ihn festzunehmen, worauf er wieder hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. Die beiden Gefangenenaufseher mußten dann auf einer Leiter aus ihrem ungewollten Gefängnis befreit werden.

Zu den Unterschlagungen des Postassistenten Kühnemund. über die wir schon berichtet haben, wird von unterrichteter Seite noch mitgeteilt: Die Unterschlagung der Gelder in Albed ist in ganz raffinierter Weise von dem Beamten langer Hand vorbereitet worden. Nur so war es möglich, die Post um eine so gewaltige Summe zu betrügen. Kühnemund hat sich bereits im Januar bei einer Anzahl größerer Banken ein Konto auf den Namen Ch. Cleve, Hantehändler aus Blumenau (Brasilien), eröffnen lassen. Im Februar war er dann etwa 200 Postanweisungen über je 800 Mark als Postkassen ausgefertigt, an jene Banken abgereicht und abgehoben, ohne sie zu buchen, und natürlich auch ohne das Geld in die Postkasse zu legen. Die Briefen und die Unterschrift des Beamten auf den Postanweisungen hat er so täuschend ausgefertigt, daß sie verschiedene Handchriften zeigten. Die Postanweisungen mußten als echt erachtet und an die als Empfängerinnen genannten Banken ausgezahlt werden, welche die Beträge dem Konto des angeblichen Cleve gutschrieben. Während seines Urlaubes ist Kühnemund nach verschiedenen Orten gereist und hat sich dorthin von jenen Banken größere Summen von seinem Konto überweisen und ausbezahlen lassen. Die Banken selbst hatten die Errichtung eines Kontos seitens eines ihnen ganz unbekannten Menschen nicht beanstandet. Nachdem dieser die Beträge so erhalten hatte, ist er erschrocken. Es handelt sich um eine Veruntreuung großer Summen, wie sie bei großen Bankgeschäften, ein solches ist auch die Post hinsichtlich ihres Geldverkehrs, der sich auf einige Milliarden jährlich beläuft, nie vollständig ausgeschlossen werden kann. Wenn man glaubt, die Schuld an dem Vorfall dem Arbeiter nach bürokratischen System zuschreiben zu sollen, und meint, in einem „Großbetriebe“ seien Unterschlagungen in solcher Höhe verständlich, aber in Albed! — so sei zunächst darauf hinzuweisen, daß die Post hinsichtlich des Geldverkehrs wohl den größten Großbetrieb hat, und daß ferner Eingahlungen innerhalb dieses Betriebes bei jedem Postamt — ob klein oder groß — gemacht werden können. Es ist ungefähr daselbe Verhältnis, wie wenn bei einer Filiale einer Großbank Eingahlungen gemacht und dann innerhalb des Gesamtbetriebes Veruntreuungen vorkommen. Ebenso wenig, wie in großen Geschäften Fälschungen von Briefen, Schecks, Unterschriften von Depots usw. seitens ungetreuer Geschäftsführer nie ganz ausgeschlossen werden können, ebenso wenig kann auch die Postverwaltung an sich gegen die Entwendung und Veruntreuung von Geldwerten durch Beamte sich unbedingt sichern, will sie nicht durch kleinliche Vorschriften dem allgemeinen Geschäftsbetrieb Hindernisse in den Weg legen, deren Wirkung ungleich schädlicher für die Allgemeinheit sein müßte, als die immerhin seltenen Fälle, in denen die Post durch derartige Vorkommnisse geschädigt wird. Die Höhe des Betrages mußte gewiß stuhig machen; aber sind nicht in großen Kaufmannsbetrieben weit erheblichere Veruntreuungen vorgekommen? Es sei nur an die großen Bankkassendiebstähle, zuletzt an denjenigen der Königlich Preussischen Bank in Kopenhagen erinnert. Die Vorschriften der Post sind durchaus genügend. Ein Einkommensamt von gefälligen Postanweisungen durch Personen, die nicht bei der Post beschäftigt sind, ist z. B. vollständig ausgeschlossen, während doch das Einkommensamt gefälliger Wechsel möglich ist; und doch wird kein Mensch verlangen, daß die Banken usw. Vorkehrungen treffen, welche derartige Vorkommnisse unmöglich machen. Bei jeder Postanweisung, die abgehoben werden soll, wird vorher durch einen zweiten Beamten geprüft, ob sie richtig gebucht ist. Bei großen Postämtern ist es daher auch einem Beamten viel weniger möglich, Postanweisungen einzuschummeln, als bei einem kleinen Postamt, wo der Beamte, der die Annahme und Abhebung bewirkt, derselbe ist. Die echten Postanweisungen müssen selbstverständlich sofort nach ihrer Ankunft am Bestimmungsorte ausgezahlt werden, das beansprucht jeder Empfänger. Es wird dann aber eine Prüfung eingeleitet, ob die ausgezahlten Beträge auch wirklich in die Postkasse eingezahlt sind, das nimmt natürlich bei dem Niefenverkehr einige Zeit in Anspruch. Die Zwischenzeit kann sich ein ungetreuer Beamter zunutze machen, und das hat auch der Albeder Beamte getan.

Krankensicherer. Ein an sich für die Öffentlichkeit bedeutungslos oder Beleuchtungsprozess, der mit der Verurteilung des Beleuchtigers zu 30 M. Geldstrafe endete, hat vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg sehr able und bedauerliche Einzelheiten über das Gebahren angesehener Berliner Ärzte zutage gefördert, mit Hilfe von Schmiergeldern an Hotelportiers und „Institute für medizinische Konsultationen“ ihren „Patienten“ zu erlösen. Die betreffende Privatpraxis hatte Sanitätsrat Dr. Albert Röll gegen den prakt. Arzt Dr. Al. Levin gestellt, weil letzterer als Mitglied des Vorstandes des Vereins Schöneberger Ärzte jenem schriftlich den Vorwurf gemacht hatte, er, Dr. Röll, „halte entweder aus Feigheit oder aus

anderen unläuterer Motiven mit seinem Material (in der Schmiergeld-Veranlassung) zurück“. Die Begründung des Urteils lautete: Die Tatsache, daß eine Anzahl von Professoren und Ärzten dritten Personen für die Zuführung von Patienten Geld gegeben habe, sei festgestellt. Der Privatpraktiker habe sich an den Nachforschungen und Feststellungen beteiligt und das Material dem Sanitätsrat Dr. Riedemann zugestellt. Der Angeklagte konnte bei seiner Tätigkeit im Schöneberger Ärzteverein die berechnete Hoffnung haben, daß ihm Dr. Röll sein Material unterbreiten würde im Interesse des Standes. Als dies nicht geschah, habe er sich wohl für berechtigt gehalten können, den Brief zu schreiben, und insofern sei ihm der Schutz des § 193 zugebilligt. Die gewählten Ausdrücke gehen aber über diesen Schutz hinaus. Aus der Verhandlung selbst sind folgende Verbindungen von Interesse: Sanitätsrat Dr. Röll erklärte u. a.: Was bei dem gewöhnlichen praktischen Arzt, der vielleicht aus Not gequält habe, von seinen Kollegen aus schärfste Gebrauchsmarkt wurde, sei von einzelnen Professoren, die sich in bevorzugter Stellung befanden, ganz skrupellos getan. Ja, man habe sich sogar despektierlich gegen das Gebahren der Schöneberger Kollegen geäußert, da die Professoren eine tiefe Klust von dem gewöhnlichen Arzt scheide. (?) Seine Verurteilung, die Angelegenheit innerhalb des Standes zu erledigen, seien u. a. daran gescheitert, daß eine von ihm aufgelegte Erklärung, die, wie er ausdrücklich betone, nicht mit Namen zur Veröffentlichung gelangen sollte, von den verdächtigsten Personen abgelehnt wurde. Obwohl das Gebahren solcher Konsultationsbureaus bekannt sein mußte, habe es einzelne Ärzte sogar fertiggebracht, den Herren eine Ehrenurkunde zu geben, die von dem einen Inhaber eines solchen Bureaus natürlich ausgenutzt worden sei. Dr. Röll beklagte ferner, daß er dem Angeklagten zwei Namen genannt habe in Fällen, die außerordentlich schwer lagen, weil es sich um zwei Männer handelte, die zu den allerersten Größen zählten. — Sanitätsrat Dr. Riedemann erzählt u. a.: Wir haben uns mit Exzellenz v. Leyden in Verbindung gesetzt und erfahren, daß hier von Herrn Dr. v. Lippmansk und Dr. Weinheim ein „russisches Institut für medizinische Konsultation“ eingerichtet ist, das eine Poliklinik für arme Russen unterhält. An der Spitze dieser Klinik sollte Exz. v. Leyden stehen. Dies wurde bestätigt, und wir haben letzteren gebeten, daß er sich hieron juristisch absichern möge. Wir haben Exz. v. Leyden ferner die Frage vorgelegt, ob er den jogen „Schleppern“ für die Zuführung von Patienten Geld gegeben oder den Leitern des Instituts Geldvorteile gewährt habe. Dies wurde verneint. Exz. v. Leyden erklärte: er habe einmal einem der Leiter Geld angeboten, aber es sei abgelehnt worden. Dann erhielten wir von Prof. Normmeyer weiteres Material. Danach sei ein „Schlepper“ an ihn herangetreten, der ihm Zuweisung von Patienten anbot gegen einen Rabatt von 25 v. H. des Honorars. Dies sei abgelehnt worden. Andere Herren haben sich dankbarer erwiesen. Prof. Wosner gab zu, daß er einem Schlepper, dem Heilgehilfen Rosenberg, für Ueberweisung von Patienten Geld bezahlt habe. Herr Rosenberg fand nichts dabei, daß man Leuten, die Patienten zuführen, Geld gebe. Herr Rosenberg und einzelne Hotelportiers seien zu ihm gekommen und hätten ihm gesagt: „Wir haben Ihnen doch Patienten gebracht, und dafür möchten wir etwas haben“, und da habe er ihnen dann etwas gegeben, weil er nicht die physische Kraft gehabt habe, sie hinauszuwerfen. Nach den Veröffentlichungen in der „Berliner Ärztesprechens“ kam Herr Dr. Weinheim und forderte uns auf, sein Institut zu besichtigen. Er zeigte seine Kassenscheine, die nichts ergaben. Als ihm die Frage vorgelegt wurde, ob er bezahlt worden sei für die Zuführung von Patienten, hat er dies zögernd zugegeben mit dem Bemerkten, daß es sich um „unbedeutende“ Summen bis zu 150 Mark handle.

Der Mord auf der Alm. Großes Dunkel schwebt noch über einer Mordaffäre, die sich hoch oben in den Alpen, auf der Alp Semetina bei Bellinzona, abgespielt hat. Wie aus Zürich berichtet wurde, wurde unter dem Verdacht, seine Tochter auf der Alp durch Dammerschläge und Messerstücke ermordet zu haben, der Vater der Ermordeten verhaftet. Das Mädchen, Maria Kasagrande, lebte als Sennerin allein in den Bergen. Auch einige Verwandte der Ermordeten, die ebenfalls verhaftet wurden, sollen davon gewußt haben, daß sie umgebracht worden ist; doch konnte die Polizei noch nichts über die Motive dieses Verbrechens ermitteln.

Standesamts-Nachrichten.

Amte Enger. Vom 5. bis 11. März:
Geburten: Söhne: Schuhmachermeister Wilh. Hüttemann, Enger; Bg.-Arbeiter Jul. Osmanski, Enger; Landwirt Aug. Meyer, Herringhausen.
Töchter: Tischler Heinz. Thenhansen, Besterenger; Handarbeiter Aug. Haarlund, Velle-Steinbeck; Handarbeiter Gustav Gerbener, Biddingshausen; Bg.-Arbeiter Wilhelm Dietmann, Drenen.
Aufgebote: Elektrotechnischer Gehilfe Wilh. Kleineberg, Mengede, und Näherin Luise Krest, Biddingshausen; Maurer Wilhelm Wille, Besentamp, und Bg.-Arbeiter Anna Wiebemann, Hunnebrod; Lagerarbeiter Heinz. Bedmann, Enger, und Bg.-Arbeiter Anna Bering, Biddingshausen; Schuhmachermeister, Heinz. Bültermann, Besterenger, und Witwe Luise Kaufmann geb. Strahmann, Holsen.
Eheschließungen: Landwirt Herm. Schürmann, Drenen, und Marie Schwenker, Spenge.
Sterbefälle: Karl Wilh. Holz, Enger, 9 M.; Ww. Anna Marie Jlsabein Deuermann geb. Heidholz, Besentamp, 84 J.; Herm. Heinz. Strömer, Besentamp, 9 M.

Briefkasten der Redaktion.

A. S. Bände. Anfragen ohne Namen oder ohne Beifügung von Abonnementquittung werden grundsätzlich nicht mehr beantwortet.
101. A. B. C. Das vorstehend Gesagte gilt auch für Sie.
Nr. 56. 1. Die Unterstützung kann jedenfalls als Einkommen angerechnet werden. 2. Die Verbandsbeiträge werden in der Regel von der Steuerbehörde als nicht abzugsfähig betrachtet. Nur in vereinzelter Fällen ist es bisher gelungen, den Teil der Beiträge, der für die Kranken- und Invalidenunterstützung gezahlt wird, in Abzug zu bringen.

Schriften

von
Ludwig Thoma

	Preis	geb. brosch.
Moral	3.—	2.—
Lausbuben-Geschichten	4.—	3.—
Tante Frieda	5.—	4.—
Hochzeit	3.—	2.—
Die Lokalbahn	3.—	2.—
Die Medaille	2.50	1.50
Peter Schlemihl	3.50	2.50
Herrn Karlchen	1.50	1.00
Grobheiten	3.50	1.00
Neue Grobheiten	1.50	1.00
Briefwechsel c. bayer.		
Landtagsabgeordn.	3.00	2.00

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volksrecht“
Bielefeld, Schützenstraße 20.

1264



Dr. Thompson's
Seifen
das beste Waschmittel.
1/2 & Paket 15 Pfg.

52.

Tabakarbeiterkongress nach Berlin. Der Herr Pastor Winkler in Jülich hat nun einen „Christlichen“ Kriegerverein ins Leben gerufen, dort hält Pastor Winkler auch Reden. In einer solchen Rede führte er seinen christlichen Kriegern folgendes vor: Die Delegierten des Tabakarbeiterkongresses, welche zum Tabakarbeiterkongress geschickt waren, seien in Berlin mit einer rsten Aufnahme von der Bahn abgeholt worden, dann hätten sie einen Demonstrationszug unternommen bis zum Reichstagsgebäude, wobei sie durch die Säbel der Polizei auseinandergetrieben worden seien.

Da man auch in dieser Gemeinde alles glaubt, was ein Pastor sagt, so kann man sich das Gerede der christlichen Krieger bei dieser Rede des Pastors Winkler vorstellen. — Wir erklären damit öffentlich, daß an der ganzen Erzählung kein wahres Wort ist. Pastor Winkler möge deshalb seine Worte öffentlich widerrufen, er wird jedenfalls selbst das Bedürfnis haben, die ihm gemachten falschen Angaben der Wahrheit gemäß zu berichtigen.

* **Minben, 22. März.** Eine öffentliche christlich-sozialistische Versammlung tagte am Sonnabend in Solshausen 11 bei Minben. Referent war der Landtagskandidat der christlich-sozialen Partei, Herr Buchdruckereibesitzer Hr. Knapp. Angekündigt waren 15 Minuten Redezeit für Diskussionen. Trotzdem hielten wir es für ratsam, diese Versammlung zu besuchen, da ein ziemlicher Teil Tabakarbeiter und Bauarbeiter hier in Betracht kommen. Eröffnet wurde die Versammlung von einem Herrn Hoppmeier, früher Tabakarbeiter, aus Rotensiefen. Mit salbungsvollen Worten wurde ihm auf den Grund der christlich-sozialen Partei, Stöcker, angewiesen, er bezeichne Stöcker sogar als die Sonne im christlichen Leben. Ueber Zweck und Tätigkeit der christlich-sozialen Partei erhielt dann der Referent Knapp das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus: Unter der gewaltigen wirtschaftlichen Krise hätte am schlimmsten der sogenannte vierte Stand zu leiden. Hauptaufgabe der Kommunen müßte es sein, hier durch Notstandsarbeiten Verrückung zu schaffen. Auch in Minben, wo drei christlich-sozialistische Stadtverordnete gewählt seien, wäre auf diesem Gebiet vorgegangen worden, leider bekamen die Arbeiter nur 18 Btg. Stundenlohn. Eine Eingabe von den freien Gewerkschaften oder Sozialdemokraten und auch eine von den christlich-sozialen wäre vom Magistrat einfach nicht beantwortet worden. Zum großen Teil trügen in Deutschland zu der Arbeitslosigkeit die fremdländischen Arbeiter bei, die manchen guten Arbeiter aus seiner Stelle drängen und ihm die Arbeit fortnehmen. Sein, des Referenten, Standpunkt wäre, überhaupt keine fremden Arbeiter in Deutschland zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten verjagten hier aber ganz. Das hätte der Abg. Hne bewiesen. Die sozialdemokratische Partei könnte auch gar nicht anders, da sie sonst mit ihrem Parteiprogramm in Konflikt käme. In recht geschickter Weise wurden dann vom Referenten die christlich-sozialen Forderungen der Versammlung empfohlen, der Sozialdemokratie selbstverständlich immer nebenbei eins ausgeführt. Auch die Radob-Katastrophe wurde erwähnt, hierbei wies der Referent auf die vielen milden Gaben hin, und behauptete, auch die Regierung zahle jährlich 180 000 Mark für die Hinterbliebenen aus dem Staatsfiskus! Nach einigen frommen Wünschen: Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Witwen- und Waisenversicherung, Unterstützung der Altersgrenze auf 65 Jahre bei der Invaliden- und Altersversicherung, wachte sich der Referent der Finanzreform zu. Er sei Gegner indirekter Steuern, da es aber nicht gut ohne diese ginge, müßte wenigstens für eine gerechtere Verteilung gesorgt werden. Die Kontraktanten wurden ziemlich stark angefochten. Die Sozialdemokraten wollten überhaupt keine Steuern. Herr Knapp schlug vor einen Kohlen- und Futtermittelsteuern, Dividendensteuer, Zantiensteuer und Lurussteuer. — Zur Diskussion meldete sich zunächst Genosse K a t h e r t und fragte den Versammlungsleiter, ob die Herren auf nur 15 Minuten Redezeit bestehen blieben. Nach kurzem Wortwechsel wurde dann freie Redezeit gewährt. Nun ging Genosse K a t h e r t auf die Ausführungen des Herrn Knapp ein und gerpöhlte die frommen Wünsche der christlich-sozialen. Er stellte zunächst fest, daß alle die Forderungen der christlich-sozialen aus der Kumpfkammer der Sozialdemokratie hervorgeholt seien und würden. Vor 20 Jahren hätten die Sozialdemokraten schon viel mehr gefordert für die Arbeiter als heute die christlich-sozialen. Die christlich-sozialen Partei wäre nicht geschaffen, den vierten Stand zu heben, die Massen der Arbeiter zu vereinen, sondern das gerade Gegenteil, die Arbeiter-zerstückelung sei ihr Hauptzweck. Er führt mehrere Fälle aus der Gewerkschaftsbewegung an. Die Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie treffend zurückweisend, stellt er Tatsachen gegenüber, die beweisen, daß der Referent in manchen Punkten recht schlecht informiert war. So kommen die 180 000 Mark für die Hinterbliebenen in Radob nicht aus dem Staatsfiskus, sondern aus der Knappschafstasse. Weiter verteidigte er den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokraten im Reichstag bei Beratung der Entwürfe über die Arbeitskammern, der Gewerbenovelle usw. Nach den Regierungsvorlagen kämen für die Arbeiter niemals wesentliche Verbesserungen heraus, das hätte der Referent doch wissen müssen. Daß die Sozialdemokraten überhaupt keine Steuer wollten, sei eine grobe Unwahrheit. Wir verlangen nur direkte und keine indirekten Steuern. Nicht mit frommen Wünschen und Zerpöhlungen in der Arbeiterbewegung sei den Arbeitern geboten, sondern durch festes Zusammenhalten der Arbeiter in ihren Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei kämen wir einzig und allein zu unserem Ziel. Der unserer Genossen gespendete Beifall erzeugte eine sichtlich vollkommenheit der christlichen Führer. In der Erwiderung wurden die Fragen und Ausführungen unseres Redners geschnitten umgangen. Genosse K a t h e r t stellte dies denn auch sofort fest. Nachdem die Herren saßen, daß die Arbeiter nicht so leicht auf christlich-sozialen Köder anbeißen, erklärten sie, die Christlichen hätten den freien Gewerkschaften keinen Abbruch getan, dem unsererseits allerdings zugestimmt wurde. Ge-

nosse S c h l o m a n n ging dann noch des näheren auf die Tabakarbeiter ein und stellte das Verhalten des Abgeordneten des Reiches, Kolon Sielermann, an den Branger, und gab seiner Freude Ausdruck, daß Herr Knapp ein so energischer Gegner der Tabakarbeiter sei. Knapp hätte dazu geäußert wie ein Sozialdemokrat, aber bezeichnend bleibe es für die christlichen Tabakarbeiter, daß sie dem Berliner Kongress ferngeblieben seien. Daran könnte man ersehen, wie die Interessen der Tabakarbeiter von deren Führern gewahrt würden. Der Patriotismus unserer Agrarier und Kapitalisten ginge nur bis an den Geldbeutel. Gegen die jegliche Form der Nachschußsteuer meldete sich noch ein Bauer. Vom Versammlungsleiter wurden dann noch die ollen Kamellen aufgeführt, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage bei den sozialpolitischen Gesetzgebungen gestimmt haben, anscheinend verlas er dies aus einer Broschüre des Reichs.....verbandes. Das Schlusswort war gegenüber den ersten Ausführungen ziemlich abgemindert. Zum Schluss machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß am nächsten Mittwoch im „Reform“ in Minben der Abgeordnete Dr. Burchardt sprechen würde. Auf eine Anfrage unsererseits, ob freie Diskussion gewährt sei, wurde dies versprochen. Anwesend waren circa 80 Mann.

* **Minben, 23. März.** Wie die Christlich-Sozialen Versprechen halten, dazu wird uns geschrieben: Am Sonnabend fand in Solshausen 11 eine christlich-sozialistische Versammlung statt, in welcher Herr Hr. Knapp referierte. (Siehe vorstehenden Versammlungsbericht. D. Red.) Nach Schluss der Versammlung erklärte Herr Knapp zwei bekannten Parteigenossen, daß am Mittwoch, 24. März, in Minben im „Reform“ eine christlich-sozialistische Volksversammlung stattfinden würde. Reichstagsabgeordneter Dr. Burchardt werde referieren. Nach dem Vortrag werde freie Redezeit gewährt. Wer von unseren Parteigenossen spreche, sei ganz gleich, und wenn es auch ein sogenanntes Paradiespferd sei. Also mit anderen Worten: wir könnten einen unserer benährtesten und tüchtigsten Redner Herrn Dr. Burchardt gegenüberstellen. Wie groß aber war unser Entsetzen, als wir am anderen Tage am Schluß der Bekanntmachung der betreffenden Versammlung im „Mindener Kreisblatt“ lasen: Diskussionszeit ¼ Stunde. Also keine freie Redezeit, und das bei einer Tagesordnung, welche zwei so wichtige Fragen wie: „Die politische Lage“ und „Die Finanzreform unter besonderer Berücksichtigung der Tabakarbeiter“ umfaßt.

Was sollte nun durch das Versprechen bewirkt werden? Nun, die Arbeiter sollten in hellen Scharen zu dieser Versammlung strömen, damit die Christlich-Sozialen ein volles Haus bekamen. Da es aber nicht möglich ist, in einer ¼ Stunde den Referenten zu widerlegen und die Christlichen ihr Versprechen betreffs der freien Redezeit damit schamlich gebrochen haben, so ist es Pflicht der Arbeiter, diese Versammlung nicht zu besuchen, sondern Herrn Knapp mit seinem Referenten und seinen Getreuen sich selbst zu überlassen.

Vermischtes.

Kesselflexion. Samstag, 23. März. Eine schwere Kesselflexion ereignete sich heute vormittag im Hafen auf dem Schleppdampfer „Eduard“ von der vereinigten Elbfischfabrik-aktiengesellschaft. Zwei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß einer von ihnen seinen Verletzungen bereits erlegen ist. Man nimmt an, daß ein dritter, noch vermischter Arbeiter ins Wasser geschleudert worden und dort ertrunken ist.

Ein Unhold. Frankfurt a. M., 23. März. Ein 31 Jahre alter Buchführungslehrer in der Würzburgerstraße, der sich auch mit Vermittlung von Tadeln beschäftigte, hat Frauen, die auf Inzinate wegen Darlehen bei ihm vorprachen, in verbrecherischer Weise belästigt. Es wurden ihm bereits 4 Rotzuchtsverurteilungen nachgewiesen. Eine Frau erlitt einen Ohnmachtsanfall und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Explosion und Feuersbrand. Dresden, 23. März. In der königlichen Munitionsfabrik in der Altstadt erfolgte heute vormittag beim Laden von Feldpatronen eine Explosion, wodurch das betreffende Laboratorium in Brand gesetzt wurde. Das Gebäude brannte vollständig nieder, dagegen gelang es der Feuerwehr, eine Weiterverbreitung zu verhindern. Menschen sind bei der Explosion nicht verunglückt.

Mörder von Mutter und Großmutter. Neubrandenburg a. Havel, 23. März. Die Strafammer verurteilte den 17 Jahre alten Amtsschreiber Otto Schulze wegen Ermordung seiner Mutter und Großmutter zu 15 Jahren Gefängnis.

Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten beendet. Paris, 23. März. Die ausländischen Pariser Postbeamten beschloßen Dienstag vormittag mit 6000 gegen 300 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit. Um 2 Uhr wurde die Arbeit im Zentral-Telegraphenamt ohne weitere Störung aufgenommen.

Tollstol im Sterben. Petersburg, 23. März. Tolstois Befinden hat sich wesentlich verschlimmert, sein nahes Ende ist zu erwarten.

Seinen Eltern zurückgegeben. New York, 23. März. Der geraubte Knabe Whittier wurde gegen ein Lösegeld von 10 000 Dollar seinem Vater zurückgegeben. Es erfolgte in der Sache eine Verhaftung.

Lezte Nachrichten.

Berlin, 24. März. Die „Germania“ berichtet, daß Rustandkommen des Steuerkompromisses festgesetzt. 490 Millionen müßten im ganzen aufgebracht werden. Davon kämen 60 Millionen in Abzug, weil man auf die Abschaffung der Zucker- und Fabrikartensteuer verzichten wolle. Der Rest solle in folgender

Weise gedeckt werden: 25 Millionen durch Erhöhung der Kontributionsbeiträge, 100 Millionen durch eine Besitzsteuer, die in Form einer Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten erhoben wird. Die Brautsteuer soll 100 Millionen, die Brautweinsteuer auch 100 Millionen, eine Tabak- und Zigarettensteuer 50 Millionen, eine Kassesteuer 40 Millionen und eine Rindfleischsteuer 15 Millionen bringen. Auf dieser Basis glaubt die „Germania“ würden die Kontraktanten für die Erbschaftsteuer, die Kreisrenten für die Kassesteuer zu haben sein.

Berlin, 24. März. In später Abendstunde wurde gestern das Urteil im Prozeß gegen den Referendar v. Jgel wegen Tötung des Steinmetzmeisters Marichner gefällt. Er wurde wegen fahrlässiger Tötung zu viermonatiger Gefängnisstrafe verurteilt, wozu ein Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurde. v. Jgel wurde aus der Haft entlassen.

Berlin, 24. März. Bei der gestrigen Generalprobe zum „Haut“ im Deutschen Theater erlitt während der Aufführung der Hegenluchenzene die beliebte jugendliche Schauspielerin Elli Rothe lebensgefährliche Brandwunden. Fräulein Rothe, die die Meerlase darstellte, geriet, als sie dem Haut den Feuerfisch zu überreichen hatte, mit den Haaren dem Feuer zu nahe und stand in kurzer Zeit in Flammen. Die übrigen weiblichen Darsteller flüchteten, viele fielen in Schreikämpfe. Die Feuerlöschergeräte waren nicht sofort zur Stelle, so daß die Künstlerin derartig schwere Brandwunden erlitt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Landshut, 24. März. Hier wurde der Postkassierer Jgler wegen fortgesetzter Unterschlagungen von Postpaketen verhaftet. Eine Hausdurchsuchung bei ihm und seiner Geliebten brachte gestohlene und unterschlagene Ware zutage, namentlich Stoffe und Zigarren.

Konstantinopel, 23. März. Die türkische Regierung beauftragte ihren Gesandten in Belgrad, bei der serbischen Regierung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes hinzuwirken. Die serbische Regierung teilte darauf ihrem hiesigen Gesandten mit, daß sie jetzt entschlossen sei, den Konflikt auf friedlichem Wege zu erledigen.

Standesamts-Nachrichten.

Bradwebe. In der Zeit vom 1. bis 15. März 1909 sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geburten. Söhne: Fabrikarbeiter Heinrich Banze, Bradwebe, Gütersloherstr. 329; Bahnarbeiter Wilhelm Volkmann, Bradwebe, Gütersloherstr. 301; Maler Hermann Heinrich Adolf Böger, Bradwebe, Niederstr. 6a; Fabrikarbeiter August Gidmeyer, Quelle 108; Restaurateur Gustav Hallenred, Bradwebe, Ösningsstr. 39; Glasmacher Karl Maas, Bradwebe, Schulstr. 39 (Zwillinge); Bauunternehmer Ernst Witte, Senne 1 167; Ziegler August Hilker, Senne 1 43; Hilfsbediensteter Hermann Schürmann, Bradwebe, Brochagerstr. 67; Fabrikarbeiter Wilhelm Sommer, Quelle 111; Landwirt Heinrich Teune, Senne 1 108; Bahnarbeiter Wilhelm Wöllner, Bradwebe, Eggestraße 16.

Töchter: Arbeiter Heinrich Bußmann, Bradwebe, Friedrichsborferstraße 57; Invalide Heinrich Wilhelm Schlupmann, Bradwebe, Kaiserstr. 32a; Fabrikarbeiter August Kulle, Bradwebe, Bielefelderstr. 61; Fabrikarbeiter Franz Doppebe, Bradwebe, Friedrichsborferstr. 107a; Fuhrunternehmer Hermann Hansmeier, Bradwebe, Bielefelderstr. 77b; Fabrikarbeiter Josef Hampel, Bradwebe, Spinnerei Vorwärts 16; Weber Karl Senf, Senne 1 1; Schlosser Emil Dammeyer, Quell. 68; Modellschneider Heinrich Strothmann, Bradwebe, Kaiserstr. 93c; Ingenieur Alfred Kehler, Bradwebe, Markt 4; Dekorationsmaler August Brand, Senne 1 179; Arbeiter Adolf K e e, Senne 1 149; Glasmacher Otto Lippert, Bradwebe, Kaiserstr. 187; Bleicharbeiter Karl Ott-Imtamp, Senne 1 46; Arbeiter Wiebe Janßen, Bradwebe, Bielefelderstr. 75; Bleicharbeiter Heinrich Wittenbrod, Quelle 42.

Aufgebot. Arbeiter Hermann Spilker, Quelle 10, und Auguste Dohp, Ummeln 12.

Ehe-schließungen. Mühlenbesitzer Heinrich Kramer, Hohenhausen in Lippe 120, und Alwine Kütenshöner, Senne 1 8; Schlosser Johann Sauer, Bradwebe, Spinnerei Vorwärts 15, und Elisabeth Reichert, Bielefeld.

Sterbefälle. Ehefrau Dianne Christine Karoline Sudhölter geb. Schürmann, 66 J., Bradwebe; Anna Dyer, 7 Mon., Bradwebe; Mathilde Johanne Karoline Althoff, 10 W., Quelle; Invalide Johann Nepomuk Müller, 53 J., Bradwebe; Walter Heimann, 2 J., Bradwebe; Ehefrau Dianne Wilhelmine Luise Hellweg geb. Barenholz, 43 J., Bradwebe; Maria Anna Wilhelmine Dorn, 6 J., Senne 1 54; Maria Hedwig Franziska Güneke, 10 Mon., Bradwebe; Dianne Karoline Kamp geb. Depenbrock, 64 J., Bradwebe; Heinrich Wilhelm Gustav Oelermann, 1 J., Bradwebe; Marie Nibel, 1 J., Bradwebe; Ingenieur Karl Heinrich Wilhelm Brinmann, 35 J., Bradwebe; Alfred Hugo Dannhoff, 8 Mon., Bradwebe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inzeratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Dallie
Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz

3 Schürzen=Tage

Donnerstag,

den 25. März,

Freitag,

den 26. März,

Sonnabend,

den 27. März.

Das Nähere bringt die morgige Zeitung!

Verkauf
nur
I. Etage

Ab Donnerstag, den 25. März, bringen wir über 3000 Schürzen verschiedenster Art in den Verkauf, deren Preise unbedingt Aufsehen erregen müssen.

Bei prima Stoffen und vorzüglicher Verarbeitung der Schürzen hat unsere diesjährige Schürzenauslage den Vorzug, dass sie fast ausschliesslich die neuesten Formen aufweist.

S. Alsberg & Co.

3 Waggonladungen Steingut und Porzellan

Steingut

Porzellan

Porzellan

dekoriert.

Teller 10, 8 u. 5	Kaffeekannen m. Patentdeckel 78, 68, 50, 38, 30	Salatiere dekoriert nur 35 u. 28
Kinderbecher 10 u. 5	Butterdosen 18	Compotschalen dekoriert 20 u. 15
Tassen mit Untertassen 10	Tassen groß, Birnenform 25	Kuchenteller groß 48 u. 38
Bratenplatten glatt 42, 33, 25	Speiseteller fest 28 u. 18	Kuchenteller durchbrochen 35 u. 28
Satzschüsseln 6 teilig 78	Speiseteller dick 28 u. 18	Butterdosen 50, 42, 35
Satzschüsseln farbig, 4 teilig 38	Dessertteller 18, 15, 10	Milchgiesser dekoriert 15 u. 8
Kumpen rund 38, 25, 15	Compotieren rund 28, 22, 18	Tassen mit Goldrand und Goldlinien 25
Kumpen oval 28 u. 22	Bratenplatten 78, 58, 42, 28	Dessertteller mit Goldlinien u. Goldstern 25
Saucieren 38	Leuchter 35 u. 25	Tassen mit Rosenrande 25
Kaffee-Service für 6 Personen . . von 1.85 bis 12.00 M. Wasch-Garnituren . . . von 1.25 bis 27.00 M.		

Leipzig
Niedernstrasse 34.

Phönix-
Nähmaschinen
Liefert billigst ohne Zwischenhändler seit 14 Jahren zu leichtesten Zahlungsbedingungen
Aug. Hagemeier
Niederwall. 1021
Grosses Lager
vorzüglicher Fahrräder, Strickmaschinen, Wasch- u. Strickmaschinen.
Reparatur-Werkstatt.

Trinkt
Aha's Excelsior!
1113

Notizbücher
in allen Größen
— gutes Papier —
zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht“.

Paletots,
Anzüge
auf 1111
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12 a.

Während der Dividenden-Auszahlung

gibt das Schuhwarenhaus „Moro“

20 Proz. Rabatt

welches wir den Lesern dieser Zeitung
in Erinnerung bringen.

Schuhwarenhaus
„Moro“
Niedernstrasse
15.

Neben Gebr. Kaufmann.

Neben Gebr. Kaufmann.

Hansa-Backpulver



Buchdruckerei Volkswacht
Schulstr. 20

Familiendruckachen:
Verlobungskarten
Hochzeitsentladungen
Trauerbriefe etc.
Vereinsdruckachen:
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Plakate, Statuten etc.
Saub. Ausführung. Zivile Preise

Möbel
auf 1112
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12 a.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. m.
H. Durch die Post bez.
1,80 M. vierteljährlich egl.
Befehlsgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn-
feiertage täglich nachmittags

Preis - Anschlag Nr. 3

Nr. 71.

Die heutige Ru

Das Cu

Berlin, 25. März.
Vertreter der Konserbativen
abgegeben, daß, wenn d
gegen den neuen Brann
servativen sich eine ande
Vorgänge aus der Kon
war man sich in den Krei
einig, daß es nicht gut u
Blick noch lange aufrecht
gens erzählt, Abg. v. No
habe im Auftrag seiner
ralen und Freisinnigen G
zielt die Mitteilung gemä
gewungen sehen, die Rei
ralen und die Freisinnige
machen, die den Willen d
Wirtschaftlichen Vereinig
mit dem Zentrum. Auf
werden diese Vorgänge de
der Tat bereits eine offiz
die Pläne der neuen Kon
noch nichts authentisches,
absichtige, 100 Millionen
diesen außerordentlich be
auch den Besuch in Zül
Führer der Agrarier, der
kanzler abgelehnt hat. V
delgängen des Reichstages
Bundesratsstische behaupt
ler bleiben, wenn er ge
zwischen Konserbativen u
Die „Tägl. Rundschau“
weil die Konserbativen
halten und das Verhältnis
ändert habe, wenngleich n
redung mit dem Kaiser k
diese jedoch der Kaiser ni
des Reichskanzlers nennt
Lothringen.

Eine Unterf

Die von Herrn Chan
und seitdem mit allerle
riedene schützöllnerische
tar geführt, — sie hat z
zwungen, sich mit der
schäftigen. Während die
schäftsordnung, Arbeits
fünftigen“ Freihandel zu
Innrenz frei zulasse und
lande sente, bemühen sich
weisen, indem sie, auf G
auf das größere Gland b
und alle Vorteile, die der
des Freihandels sehen.
stellte das Handelsamt, i
fehlt ist, weil die Blau
Ueberlegenheit Englands
dern nachzuweisen suchte
es eine systematische Unt
klasse in England, Deut
daß die Arbeiterklasse in
lebe, als in den anderen
gebnisse dieser Unterfuch
Woche erschien der letzte
preise, Lebensmittelprei
verhältnisse in Frankreich
mehr als 400 Seiten sta
bellen. Es enthält viel
aber mit großer Vorsicht
Berichtsheiten können
Ausdruck gebracht werde
bloßen Ziffern zu hande
Geltung immer im Auge
bemerken, daß ein franz
selbe Geld nur eine klein
so müssen wir uns hüten
besser wohnt; denn in C
gewissen sozialen Verhöl
dringendere Notwendigke
ist der Vorteil einer gr
groß wie in Deutschland
nungsmiete keineswegs
leit einer Wohnung. B
dazu, und auf diese Ding
weit mehr verwendet we
wir diese Dinge im Au
Ziffern nur einen begrei
lich noch keineswegs ih
Die typische Arbeiter
und sogar fünf Zimmer
Frankreich dagegen aus
drei Zimmern. Auch
England, so auch in D
reich sehr oft vor. Dafi
als in Deutschland und
wohnung zum Beispiel, d
Markt pro Woche kostet,